

Politisch motivierte Desinformationskampagnen im internationalen Kontext und Förderung der digitalen Desinformationsresilienz

[Stand: 11.06.2024]

„Offene, pluralistische und demokratische Gesellschaften sind anfällig für illegitime Einflussoperationen, weil sie viele Angriffsflächen für offene und verdeckte Aktivitäten bieten. Oft dient Desinformation dazu, das Vertrauen in staatliche Stellen zu untergraben und durch das Befeuern kontroverser Themen gesellschaftliche Konflikte zu entfachen oder zu vertiefen.“
(Bundesministerium des Innern und für Heimat o.J.)

Weltweit und europaweit gelten politische Desinformationskampagnen aktuell als sehr große Gefahr für die Stabilität von Staaten und Gesellschaften. Das *World Economic Forum 2024* hat „misinformation and disinformation“ auf den ersten Platz des Rankings kurzfristiger globaler Risiken im Zeitraum von zwei Jahren gehoben, gefolgt von davon ausgelöster „societal polarization“ auf Platz drei (*World Economic Forum 2024*, 8). Diese Einschätzung ist insbesondere im Kontext des ‚Superwahljahrs‘ 2024 zu sehen, in dem weltweit besonders viele Menschen zu Wahlen aufgerufen sind, so auch in den USA, in Europa und in deutschen Bundesländern.

Für Europa hebt u.a. der *Aktionsplan gegen Desinformation* der EU von 2018 die Bedrohungslage durch politische Desinformationskampagnen durch ausländische Akteure hervor und fordert nachhaltige Gegenmaßnahmen auf verschiedenen Ebenen (Europäische Kommission 2018, 3; 11):

Desinformationskampagnen, insbesondere von Drittländern, sind häufig Teil einer hybriden Kriegsführung, zu der Cyberangriffe und das „Hacken“ von Netzen gehören. Es ist erwiesen, dass ausländische staatliche Akteure zunehmend Desinformationsstrategien einsetzen, um gesellschaftliche Debatten zu beeinflussen, Spaltungen herbeizuführen und in die demokratische Entscheidungsfindung einzugreifen.

Desinformation stellt eine große Herausforderung für die europäischen Demokratien und Gesellschaften dar, und die Union muss sich dieser Herausforderung unter Achtung der europäischen Werte und Freiheiten annehmen. Desinformation untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Demokratie und die demokratischen Institutionen. Auch trägt sie zur Polarisierung der öffentlichen Meinung bei und stört die demokratischen Entscheidungsprozesse. Desinformation wird zudem mitunter dazu eingesetzt, das europäische Projekt zu untergraben.

Die EU postuliert daher nachdrücklich: „Es müssen daher dringend unmittelbar wirkende Maßnahmen getroffen werden, die die Union, ihre Organe und ihre Bürger vor Desinformation schützen.“ (ebd.) Die Förderung der digitalen Desinformationsresilienz der europäischen Bürgerinnen und Bürger ist eine zentrale Maßnahme, die „Sensibilisierung der Gesellschaft und [der] Ausbau ihrer Widerstandsfähigkeit“ gegen Desinformation eine von vier Säulen des europäischen Aktionsplans gegen Desinformation, bei der es im Kern darum geht, dass die „Medienkompetenz der Bürger dahingehend verbessert [wird], wie sie Desinformation erkennen und abwehren können“. (ebd.)

Politische Desinformationskampagnen werden v.a. durch die Nutzung digitaler sozialer Medien wie Facebook, TikTok, X/Twitter, WhatsApp, Telegram, Instagram in die Gesellschaften hineingetragen. Sie sind oft durch staatliche oder staatsnahe Akteure orchestriert.

Die Bertelsmann-Studie *Verunsicherte Öffentlichkeit Superwahljahr 2024: Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen* (2024) stellt die Herausforderungen bei der Nutzung digitaler sozialer Medien heraus (Bertelsmann Stiftung 2024, 18):

Auf sozialen Plattformen findet keine systematische redaktionelle Überprüfung statt, sodass die Kommunikation direkter und ungefilterter ist. Dadurch müssen Bürger:innen nahezu alltäglich zwischen wahren und falschen Informationen unterscheiden. Neben Inhalten ohne klare Quellenangaben verändern auch technologische Entwicklungen unsere Möglichkeiten, Inhalte zu kreieren, zu erkennen und zu verifizieren. Deepfakes sind nur ein Beispiel, wodurch es immer schwieriger wird, die Glaubwürdigkeit digitaler Inhalte zu beurteilen. Tatsächlich berichtet fast die Hälfte aller Befragten, in den letzten Monaten sehr häufig oder eher häufig bezüglich des Wahrheitsgehalts von Online-Informationen unsicher gewesen zu sein.

Zu den in der Bertelsmann-Studie genannten Aspekten wäre u.a. als Faktor für die Verbreitung von Desinformation weiter zu ergänzen (Bundesregierung 2023):

Hinzu kommt, dass Desinformation sich im Netz sehr viel schneller und unkontrollierter verbreitet als im analogen Zeitalter. In sozialen Medien kann alles in Sekundenschnelle weitergeleitet, geliked und kommentiert werden. Und es wird sehr viel leichter und günstiger, selber Desinformation zu verbreiten: Fast alle verfügen heutzutage über ein Social-Media-Konto und damit grundsätzlich über die (zumindest theoretische) Möglichkeit, Desinformation zu erstellen und einem großen Publikum zugänglich zu machen.

In Deutschland, Europa und Amerika haben aktuell insbesondere strategische Desinformationskampagnen aus Russland große Bedeutung, mit denen die Meinung beeinflusst, Unterstützung für die Ukraine in der militärischen Auseinandersetzung mit Russland unterminiert und auch die Gesellschaften selbst destabilisiert werden sollen. Es ist bekannt, dass Russland etwa Einfluss auf die amerikanischen Wahlen 2016 zugunsten von Donald Trump nahm und dafür u.a. die Kommunikationsinfrastruktur gehackt, das digitale Wahlsystem der USA angegriffen und Falschmeldungen über digitale soziale Medien wie Facebook verbreitet hat.

Vergleichbare Manipulationsbestrebungen im Zusammenhang anderer Wahlen, etwa im ‚Superwahljahr 2024‘ (u.a. Wahlen zum Europäischen Parlament), werden befürchtet. Nicht zuletzt seit dem Angriff auf die Ukraine werden Desinformationskampagnen aus Russland systematisch als eine Maßnahme eines Bündels hybrider Bedrohungen bzw. hybrider Kriegsführung eingesetzt, die auch Deutschland in besonderer Weise betreffen.

Die Schulen sind vor diesem Hintergrund dazu aufgefordert, die digitale Desinformationsresilienz der Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu stärken und so die Fähigkeit zur freien und mündigen Meinungsbildung in einer demokratischen Gesellschaft zu unterstützen. Das Fach Deutsch als Leitfach im schulischen Fächerkanon, in dem die digitale Medienbildung ein zentraler Bestandteil ist, kann – auch ausgehend von den fachspezifischen curricularen Bestimmungen – dazu einen erheblichen Beitrag leisten.

Besondere Relevanz erhält das Themenfeld u.a. durch die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche heute bereits in jungem Alter digitale soziale Medien intensiv nutzen. So hat etwa die JIM-Studie 2023 zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger für die Nutzung von digitalen Medien nachgewiesen (Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest 2023, 32):

Heute liegt WhatsApp mit 94 Prozent regelmäßiger Nutzung deutlich auf dem ersten Platz der genutzten Online-Angebote. Gleichbleibend zum Vorjahr belegt Instagram mit 62

Prozent Platz zwei, gefolgt von TikTok mit 59 Prozent und Snapchat mit 49 Prozent, die jeweils leichten Zuwachs im Vergleich zu 2022 aufweisen. Ein Rückgang ist hingegen bei Facebook zu verzeichnen, welches nun nur noch von 22 Prozent der Jugendlichen regelmäßig genutzt wird. Knapp jede/-r Fünfte verwendet Discord, 16 Prozent die französische Social-Media-App BeReal4 und 15 Prozent Pinterest. Twitch wird von 13 Prozent der Jugendlichen regelmäßig verwendet, gefolgt von Twitter (12 %), Telegram (10 %) und Signal (9 %).

Im Folgenden werden zunächst, ausgehend von relevanten Definitionsansätzen, Phänomene politisch motivierter Desinformationskampagnen ausländischer Akteure (Fokus: Russland) in digitalen sozialen Medien exemplarisch aufgezeigt. Sodann wird ausgehend von den curricularen Bestimmungen für das Fach Deutsch die Verortung der Förderung der digitalen Desinformationsresilienz auch mit Blick auf politisch motivierte Desinformationskampagnen ausländischer Akteure im Deutschunterricht vorgenommen. Abschließend wird auf der Grundlage von Detjen et al. 2012 ein (heuristisches) Kompetenzmodell vorgestellt, das eine systematische und strukturierte Förderung der hier im Fokus stehenden Desinformationsresilienz erleichtert; ein Praxisbeispiel veranschaulicht die Anwendung.

1. Definition: ‚Desinformation‘

Wenn im Folgenden von politisch motivierter ‚Desinformation‘ und ‚Desinformationskampagnen‘ die Rede ist, so liegt dem die Definition des *Aktionsplans gegen Desinformation* der EU zugrunde (Europäische Kommission 2018, 1):

„Desinformation“ sind nachweislich falsche oder irreführende Informationen, die mit dem Ziel des wirtschaftlichen Gewinns oder der vorsätzlichen Täuschung der Öffentlichkeit konzipiert, vorgelegt und verbreitet werden und öffentlichen Schaden anrichten können.

Die Desinformation umfasst dabei bewusste mediale Fälschungen (z.B. Deepfake-Videos, manipulierte Bilder, gefälschte Websites), bewusst aus dem Zusammenhang gerissene Informationen (z.B. verkürzte Zitate, dekontextualisierte Bilder) sowie bewusste Lügen. Die Intentionalität der Falschdarstellung (‚vorsätzliche Täuschung‘) ist ein wesentliches Merkmal der Desinformation.

Das deutsche Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) definiert Desinformation in ähnlicher Weise – und verortet diese als ‚hybride Bedrohung‘ (Bundesministerium des Innern und für Heimat o.J.):

Was ist Desinformation?

Desinformation ist falsche oder irreführende Information, die gezielt verbreitet wird. Dies ist zu unterscheiden von falschen oder irreführenden Informationen, die irrtümlich bzw. ohne Täuschungsabsicht entstehen und verbreitet werden.

Die Absender von Desinformation setzen darauf, die Empfänger zu täuschen und dazu zu verleiten, falsche und irreführende Informationen weiterzubreiten. Desinformation wird von nicht-staatlichen Akteuren aus dem In- und Ausland sowie von ausländischen staatlichen Akteuren aus unterschiedlichen Motivationen heraus eingesetzt.

Wird Desinformation von einem fremden Staat verbreitet, um dadurch illegitim Einfluss auf einen anderen Staat (oder auch einen Staatenverbund) auszuüben, handelt es sich um eine hybride Bedrohung. Beabsichtigt wird eine Verwirrung der Öffentlichkeit über die Faktenlage, Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung, Verschleierung und Ablenkung von eigenen Aktivitäten, Emotionalisierung von kontroversen Debatten,

Verstärkung gesellschaftlicher Spannungen und/oder das Schüren von Misstrauen in staatliche Institutionen und Regierungshandeln, mit dem Ziel der Stärkung der eigenen Position und Durchsetzung eigener Interessen.

In englischsprachigen Publikationen der EU ist, wenn die oben definierte politisch motivierte Desinformation im internationalen Kontext gemeint ist, auch von FIMI die Rede (Europäische Kommission 2024, 4):

Foreign Information Manipulation and Interference (FIMI) describes a mostly non-illegal pattern of behaviour that threatens or has the potential to negatively impact values, procedures and political processes. Such activity is manipulative in character, conducted in an intentional and coordinated manner, by state or non-state actors, including their proxies inside and outside of their own territory.

Grundsätzlich sollte eine Differenzierung der Begriffe Desinformation, Falschinformation und Propaganda vorgenommen werden (Winterer 2022):

Der Begriff der Desinformation wurde ursprünglich für geheime Täuschungsoperationen durch das Militär verwendet. Inzwischen steht er auch für politische Einflussnahme und falsche, ungenaue oder irreführende Informationen, die erfunden und verbreitet werden, um bewusst öffentlichen Schaden anzurichten. Von einer Falschinformation, im Englischen „misinformation“, unterscheidet Desinformation, dass sie absichtlich verbreitet wird und manipulativ ist. Außerdem kennzeichnet Desinformation, dass der Absender verschleiert wird. Hier liegt der Unterschied zur Propaganda, bei der der Absender bekannt ist. Als Beispiele nennt Christopher Nehring *Sputnik* und *Russia Today*: „Da ist der Bezug zum russischen Staat offensichtlich“ – anders als bei der *Internet Research Agency*, die als PR-Firma getarnt ist und durch sogenannte „Trolle“ weltweit Debatten auf Online-Plattformen beeinflusst. Doch die Grenzen zwischen Propaganda und Desinformation sind fließend.

Ergänzende Ausführungen zu den Begriffen Fake News, Desinformation und Falschinformation finden sich u.a. in dem Artikel „Fake News, Misinformation, Desinformation“ von Christian Pieter Hoffmann (Hoffmann 2023).

Desinformation kann von verschiedenen Akteuren intentional so eingesetzt werden, dass sie als Angriff auf andere Staaten und Gesellschaften verstanden werden muss, die destabilisiert oder/und in der Meinungsbildung beeinflusst bzw. manipuliert werden sollen. Es handelt sich dabei um Aktivitäten unterhalb der Schwelle eines offenen Krieges – es kann jedoch auch in einen solchen übergehen. In diesen Fällen werden solche strategischen Desinformationskampagnen als ‚hybride Bedrohungen‘ bzw. als ‚hybride Waffe‘ gewertet. Sie sind von hoher innen-, außen- und sicherheitspolitischer Relevanz.

2. Politische Desinformationskampagnen ausländischer Akteure in digitalen sozialen Medien – das Beispiel Russland

Es ist belegt, dass Russland seit Jahren intensive Desinformationskampagnen organisiert, die u.a. gegen Länder der EU gerichtet sind. Desinformationskampagnen sind seit Langem Bestandteil der russischen Militärdoktrin. So wird u.a. im *Aktionsplan gegen Desinformation* der EU ausgeführt (Europäische Kommission 2018, 4):

Nach Ansicht der EU-Analyseeinheit für hybride Bedrohungen stellen die Desinformationsaktivitäten der Russischen Föderation die größte Bedrohung für die EU dar. Diese sind systematisch, finanziell gut ausgestattet und haben einen ganz anderen

Umfang als die anderer Länder. In puncto Koordinierung, Zielgruppen und strategische Auswirkungen sind die Desinformationsaktivitäten Russlands Teil einer größeren hybriden Bedrohung, die auf eine Reihe von Instrumenten, Hebeln und auch nichtstaatlichen Akteuren zurückgreift.

Die russischen Desinformationskampagnen umfassen u.a. Deepfake-Videos, Desinformation durch Sprache und Lügen (etwa zum Geschehen im Ukraine-Krieg), die Verbreitung russischer Desinformation und Propaganda auf digitalen sozialen Medien durch deutschsprachige Multiplikatoren wie Alina Lipp (vgl. Marinov & Bau 2022), Stimmungsmache durch gefälschte Nutzerkonten in sozialen Medien, den Nachbau seriöser deutscher Nachrichtenseiten mit ‚gefakten‘ Inhalten oder eine desinformierende Rekontextualisierung von Bildern (vgl. u.a. Bundesregierung 2022, Goertz 2023). Auf Ebene der EU wurde eine eigene Einheit zur Aufklärung solcher Desinformation unter Leitung von Lutz Güllner etabliert; auf der Seite www.euvsdisinfo.eu werden jeweils aktuelle Fälle von Desinformation analysiert und aufgeklärt.

Zwei Beispiele können dies veranschaulichen.

Beispiel 1: Gefälschte Nutzerkonten in digitalen sozialen Medien

U.a. die *Tagesschau* berichtete Anfang 2024 davon, dass das Auswärtige Amt eine große Zahl von Fake-Konten auf einer Social Media-Plattform entdeckt hat. Mit diesen wurden systematisch Nachrichten abgesetzt, die gegen die deutsche Regierung gerichtet waren (Tagesschau 2024):

Das Auswärtige Amt hat einem Bericht zufolge eine russische Desinformationskampagne auf der Onlineplattform X, ehemals Twitter, aufgedeckt. Ziel der Kampagne sei es offenbar, den Unmut gegen die Ampel-Regierung zu verstärken und die Unterstützung für die Ukraine zu unterminieren, berichtete der „Spiegel“.

Experten hätten im Auftrag des Auswärtigen Amts den Kurzbotschaftendienst X mit einer speziellen Software analysiert und seien dabei auf ein massives Netzwerk falscher Nutzerkonten gestoßen, die deutschsprachige Inhalte verbreiten. Im Untersuchungszeitraum vom 20. Dezember bis zum 20. Januar identifizierten die Experten demnach mehr als 50.000 gefälschte Nutzerkonten, die insgesamt mehr als eine Million deutschsprachige Tweets absetzten.

Häufig tauche in den Tweets der Vorwurf auf, die Bundesregierung vernachlässige die eigene Bevölkerung, um die Ukraine zu unterstützen, berichtete der „Spiegel“ unter Berufung auf die vertrauliche Analyse weiter.

Die gezielte Desinformationskampagne wurde also offenbar dazu genutzt, um die gesellschaftliche Stimmung in Deutschland zu beeinflussen und damit längerfristig ggf. die gesellschaftliche Zustimmung zur politisch-militärischen Unterstützung der Ukraine sowie der ukrainischen Geflüchteten in Deutschland zu verringern. Sie gehört zu umfassenderen, staatlich gesteuerten Desinformationskampagnen aus Russland (ebd.):

Bundesinnenministerin Nancy Faeser betonte, entschlossen gegen Desinformation vorgehen zu wollen. Die „jetzt offengelegte Lügenkampagne“ zeige das „Ausmaß russischer Desinformation in Deutschland“. „Wir wissen, dass Putins Propaganda-Apparat seit Jahren Desinformation verbreitet, um das Vertrauen in unsere Demokratie zu erschüttern, Wut zu schüren und die öffentliche Meinung zu manipulieren“, sagte die Ministerin.

Derartige Desinformationskampagnen mit Fake-Konten werden in Russland insbesondere durch sogenannte ‚Troll-Fabriken‘ umgesetzt, wie u.a. eine Spiegel-Reportage zeigt, die auf Youtube verfügbar

ist („Propagandakrieg: Eine ehemalige Mitarbeiterin packt über Putins Troll-Fabriken aus“, Spiegel TV 2017): In den ‚Troll-Fabriken‘ arbeiten ganze Mitarbeiterstäbe systematisch an der Verbreitung gezielter Desinformationskampagnen im Ausland.

Beispiel 2: Gefälschte Nachrichten seriöser deutscher Informationsmedien

Deutschland steht seit geraumer Zeit im Zentrum russischer Desinformationskampagnen. Im Zuge dessen wurden von russischer Seite zuletzt auch gefakte Nachrichten seriöser Nachrichtenmedien (z.B. FAZ, Spiegel, WELT, t-online) verbreitet (u.a. Knes 2022; Institute of Strategic Dialogue 2024).

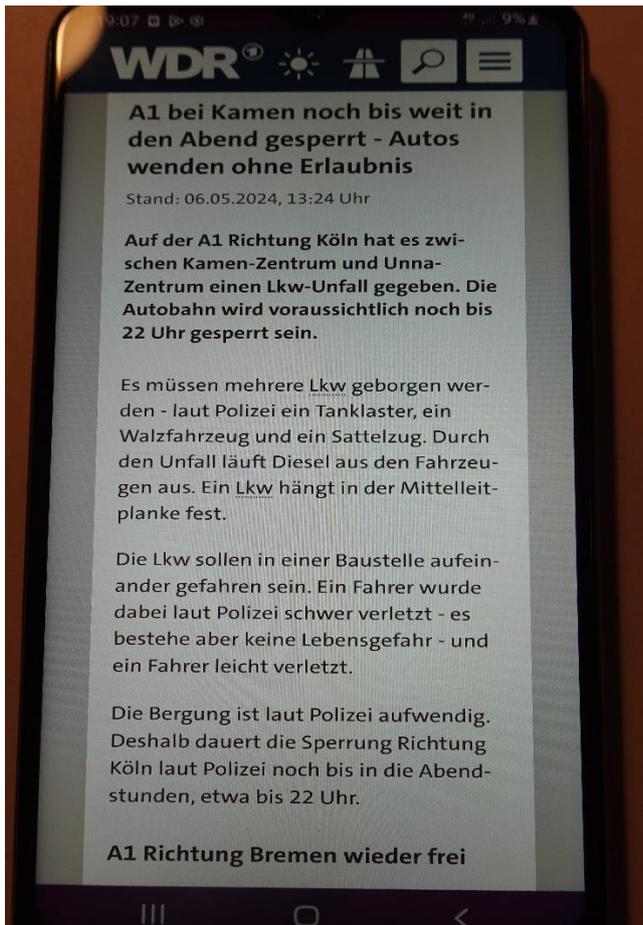
Untenstehende Abbildung zeigt einen über Telegram versendeten Fake-Artikel, der angeblich beim WDR erschienen sein soll:



Figure 3: Screenshot of a fake WDR article shared on Telegram.

(Bildquelle: Institute of Strategic Dialogue 2024)

Die Problematik dieser Art von Desinformation wird schnell deutlich: Der Artikel wirkt auf den ersten Blick tatsächlich wie eine Nachrichtmeldung des WDR. Das Layout wurde der originalen Nachrichtenseite nachempfunden, selbst die Schrifttype wurde imitiert, die Nachricht ist in deutscher Sprache abgefasst. Die Ähnlichkeiten zu einer echten Nachrichtmeldung des WDR im Handy-Format ist frappierend:



(Bildquelle: eigenes Bild)

Auf den ersten Blick wirkt die über Telegram versendete Bildnachricht (erstes Bild) wie ein realer Screenshot einer realen Nachrichtenmeldung des WDR. In der Fake-Nachricht wird suggeriert, dass Betrüger/-innen aus der Ukraine die besondere Notsituation der deutschen Mutter von Shani Louk, einer bei dem Überfall der Hamas auf Israel entführten (und letztlich getöteten) jungen Frau, ausnutzen und ihr eine große Summe Geld für die vermeintliche Freilassung ihrer Tochter abpressen wollten.

Ein solcher Artikel ist de facto nie beim WDR erschienen, das Geschehen frei erfunden. Es hat offensichtlich zum Ziel, in der deutschen Bevölkerung ukrainische Staatsangehörige als ‚böartige Betrüger/-innen‘ dastehen zu lassen, wodurch die Solidarität der Deutschen mit den in großer Zahl nach Deutschland geflüchteten Menschen aus der Ukraine unterminiert bzw. die grundsätzliche Zustimmung zur Unterstützung der Ukraine im bewaffneten Konflikt mit Russland reduziert werden soll.

3. Förderung der digitalen Desinformationsresilienz mit Bezug auf politische Desinformationskampagnen ausländischer Akteure in sozialen Medien – curriculare Rahmenbedingungen

Um mit derartigen Desinformationen als Nutzer/-in digitaler sozialen Medien umgehen zu können, müssen entsprechendes Wissen angeeignet und Kompetenzen ausgebildet werden. Gerade auch bei Jugendlichen kann beides nicht selbstverständlich vorausgesetzt werden. Es steht auch nicht zu erwarten, dass durch die Nutzung digitaler sozialer Medien allein ein hinreichend solider Überblick über die verschiedenen Phänomene der Desinformation durch ausländische Akteure, damit verbundene Intentionen und Wirkungen sowie Möglichkeiten der Aufklärung und der aktiven

Verhinderung der Weiterverbreitung von Desinformation verschafft wird. Insofern müssen Schulen hier einen erheblichen Beitrag zur Aufklärung und zur Förderung relevanter Kompetenzen leisten.

Das Fach Deutsch – als Leitfach für die digitale Medienbildung – bietet klare curriculare Anknüpfungspunkte, um im Deutschunterricht die Kompetenzen zum Erkennen und Bekämpfen von politisch motivierten Desinformationen ausländischer Akteure zu fördern. Dies ist insbesondere im Kontext der Thematisierung von Informationsmedien und digitalen sozialen Medien plausibel möglich.

3.1 Bildungsstandards Deutsch

Beispielsweise in den Bildungsstandards Deutsch für die Hochschulreife finden sich die Vorgaben, dass die Schülerinnen und Schüler (KMK 2012, 18):

- Geltungsansprüche von Texten reflektieren und das Ergebnis in das Textverstehen einbeziehen,
- die Qualität von Textinformationen vor dem Hintergrund ihres fachlichen Wissens prüfen und beurteilen.

Beide Bestimmungen können auf das Prüfen von Nachrichten hinsichtlich ihrer Einordnung als Desinformation und den sich daraus ergebenden angemessenen Umgang mit (möglicher) Desinformation bezogen werden.

3.2 Fachlehrplan Deutsch: Beispiel Gymnasien in Bayern

In Bayern ist die digitale Medienbildung im Kompetenzstrukturmodell des Fachs Deutsch im Lernbereich „Lesen – mit Texten und weiteren Medien umgehen“ verankert. Im Kompetenzbereich „Lesen – mit Texten und weiteren Medien umgehen“ findet sich beispielsweise im Fachlehrplan Deutsch für Gymnasien in Bayern die Vorgabe (ISB o.J.):

Die Lernenden nutzen analoge und digitale Medien und erfassen grundlegende Textfunktionen (z. B. Information, Appell, Unterhaltung, ästhetische Funktion). Sie wenden effiziente Suchstrategien an, um medialen Quellen zielgerichtet Informationen zu entnehmen, und prüfen diese auf Aktualität, Informations- und Wahrheitsgehalt. Die Schülerinnen und Schüler beschränken sich jedoch nicht nur auf den Nutzungsaspekt, sondern beteiligen sich verantwortungsvoll an der medialen Kommunikation, nehmen interaktive Angebote an und sind in der Lage, die Medienlandschaft bewusst mitzugestalten.

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln so ein Bewusstsein für die Prägung der Wirklichkeit durch die Medien. Sie reflektieren und beurteilen deren Wirkungsweise für den Einzelnen, aber auch für die Gesellschaft.

3.3 Fachspezifisches und fächerübergreifendes Bildungsziel der demokratischen Grundwertebildung / Demokratiebildung

Die Förderung einer digitalen Desinformationsresilienz im Deutschunterricht kann auch als fachspezifischer Beitrag zu den fächerübergreifenden Bildungs- und Erziehungszielen, insbesondere der Medienbildung / digitalen Bildung, der politischen Bildung und der demokratischen Grundwertebildung, verstanden werden.

3.3.1 Curriculare Bestimmungen – Fachlehrplan Deutsch an Gymnasien in Bayern

So heißt es etwa im Fachlehrplan Deutsch im Bayerischen Lehrplan für Gymnasien unter dem Stichwort „Politische Bildung“ (ISB o.J.):

Die im Deutschunterricht geförderte kritische Medienreflexion ermöglicht Orientierung und Positionierung in unserer komplexen, zunehmend digital geprägten Welt.

Unter dem Stichwort „Medienbildung / Digitale Bildung“ wird ausgeführt (ebd.):

Das Fach Deutsch berücksichtigt in besonderer Weise die Tatsache, dass die verschiedenen Medien im Alltag Heranwachsender eine wichtige Kommunikations-, Informations- und Unterhaltungsfunktion erfüllen. Deshalb bieten alle Kompetenzbereiche des Faches zahlreiche Anknüpfungspunkte für das Lernen über und mit Medien, damit die Schülerinnen und Schüler inhaltliche Botschaften, Gestaltungsmittel und Verbreitung von Medien untersuchen und hinterfragen. Mit Blick auf die Zielsetzung nutzen die Lernenden so die verschiedenen Technologien verantwortungsbewusst, selbstbestimmt und aufgeklärt [...].

3.3.2 Beschlüsse der Kultusministerkonferenz

Zwei Beschlüsse der Kultusministerkonferenz verweisen besonders auf die Aufgabe der digitalen Medienbildung, welche die Förderung einer digitalen Desinformationsresilienz mit impliziert.

Es handelt sich dabei zum einen um den KMK Beschluss „Medienbildung in der Schule“ (2012), in dem u.a. ausgeführt wird (Kultusministerkonferenz 2012, 4-5):

Die Kommunikations- und Massenmedien sind konstitutiver Bestandteil der gesellschaftlichen Wirklichkeit; sie gestalten politische Prozesse mit, beeinflussen die öffentliche Meinungsbildung und entscheiden in hohem Maße über Umfang und Art gesellschaftlicher Teilhabe. Ob neue Medien dabei zu mehr Demokratie und zu mehr gesellschaftlicher Freiheit führen oder aber das eine wie das andere auch einschränken und bedrohen können, hängt wesentlich von ihrem kompetenten Gebrauch ab. Mangelnde Medienkompetenz beschränkt die Möglichkeiten des Einzelnen zur politischen Mitwirkung und kulturellen Partizipation. Medienbildung ist somit Teil politischer Bildung und trägt damit zur Ausgestaltung unserer auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität ausgerichteten Gesellschaft bei.

Dies spiegelt sich auch im Strategiepapier der KMK von 2016, „Bildung in der digitalen Welt“, Kompetenzbereich 6.2.5: „Die Bedeutung von digitalen Medien für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung kennen und nutzen“ (Kultusministerkonferenz 2017, 19).

Im KMK Beschluss zur Demokratiebildung an Schulen von 2018 wird die Bedeutung der digitalen Medienbildung – auch mit Blick auf politische Desinformation – ebenfalls betont (Kultusministerkonferenz 2017, 3; 9):

Digitalisierung ist eine Triebfeder der gesellschaftlichen Entwicklung, ein verbindendes Element und eine Chance zur Partizipation. Sie kann jedoch auch durch Fake News, Hate Speech oder Social Bots zur Einschränkung von Privatheit und Selbstbestimmung sowie der freiheitlich-demokratischen Entwicklung führen. Die Digitalisierung muss daher mit der Förderung einer kritischen Medienkompetenz einhergehen.

Da [...] das Erlernen und Erfahren von Demokratie eine Querschnittsaufgabe darstellt, sind alle Lehr- und Fachkräfte in ihrem Unterrichten und Handeln unserer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie verpflichtet. In jedem Fach wie auch außerhalb des Unterrichts geht es darum, die Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler zur Übernahme von Verantwortung und zur aktiven Mitgestaltung des Schullebens zu fordern und zu fördern. Dies geschieht beispielhaft über [...]

- die Verknüpfung von Inhalten und Methoden der Demokratiepädagogik mit der historisch-politischen Bildung, Menschenrechtsbildung, Medienbildung/digitalem Lernen, Wertebildung und Bildung für eine nachhaltige Entwicklung in Richtlinien und Lehrplänen,
- die Stärkung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler insbesondere im Umgang mit sozialen Medien, unterschiedlichen Formen der Vermittlung von Fakten, Nachrichten, Informationen, Meinungen und Interpretationen.

3.3.3 Bezug zur demokratischen Grundwertebildung

Die demokratische Grundwertebildung ist als zentrale schulische Bildungs- und Erziehungsaufgabe ausgewiesen. Sie soll in jedem Unterrichtsfach jeder Schulart und Jahrgangsstufe entsprechend der jeweiligen fachspezifischen Potenziale kontinuierlich realisiert werden.

Der Deutschunterricht bietet besonders große Potenziale, um integrativ und fachspezifisch die demokratische Grundwertebildung in allen vier Lernbereichen zu realisieren (vgl. u.a. Kretschmann 2023). Dies gilt auch für Phänomene der digitalen Desinformation, die im Kontext der demokratischen Grundwertebildung zu sehen sind.

Die Beschäftigung mit Phänomenen der politischen Desinformation lässt sich dabei insbesondere mit dem Grundrecht auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 5 GG) sowie dem grundrechtsgleichen Art. 20 GG, dem Recht auf demokratische Wahlen, in Verbindung bringen, da die Desinformationskampagnen auf die Meinungsbildung in der Gesellschaft und auf das Wahlverhalten abzielen. Spezifische Phänomene von Desinformation können im Zusammenhang der beiden Grundrechtsartikel im Originalwortlaut reflektiert werden:

Art. 5 (1) GG: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“

Art. 20 GG: „(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat. (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

4. Ziele für die Thematisierung von politischen Desinformationskampagnen ausländischer Akteure in sozialen Medien im Deutschunterricht

Als Ziele für die Thematisierung von politischen Desinformationskampagnen ausländischer Akteure in sozialen Medien im Deutschunterricht können postuliert werden:

1. Sensibilisierung der Schülerinnen und Schüler für die Existenz, Phänomene, Wirkungsweise, Akteure, Intentionen und Folgen von Desinformation.
2. Förderung der Kompetenz, sich als Nutzer/-in digitaler Medien angemessen bei Vorliegen einer möglichen Desinformation zu verhalten und diese zu prüfen.

3. Dies umfasst, angelehnt an das Modell von Politikkompetenz von Joachim Detjen et al. 2012, Wissen, Urteils- und Handlungsfähigkeiten sowie (Wert-)Einstellungen und Handlungsmotivation.
4. Als Leitziel steht dahinter die Fähigkeit zur mündigen Meinungsbildung als Voraussetzung für das Agieren als mündige/-r Staatsbürger/-in in einem demokratischen Staat.
5. Die Förderung der Desinformationsresilienz dient damit auch der Förderung einer ‚digitalen Textsouveränität‘ (u.a. Frederking 2022) als Zielvorstellung.

4.1 Kompetenzmodell

Ausgehend von dem für den Politikunterricht einschlägigen Modell von Politik-/Demokratiekompetenz nach Detjen et al. 2012, bei dem die Facetten „Politische Urteilsfähigkeit“, „Politische Handlungsfähigkeit“, „Fachwissen“ und „Politische Einstellung und Motivation“ unterschieden werden, schlage ich (pragmatisch und für den Unterricht leicht handhabbar) vor, hinsichtlich der digitalen Desinformationsresilienz bezogen auf politisch motivierte Desinformation im internationalen Kontext im (Deutsch-)Unterricht folgende kognitiven, prozeduralen und habituellen Teilfacetten systematisch zu fördern:

**Übergeordnetes Bildungsziel: Mündige/-r Staatsbürger/-in
in demokratischem Staat**

Fachwissen

- Wissen über Phänomene der politisch motivierten Desinformation im internationalen Kontext in digitalen Medien, Akteure, Intentionen, Verbreitungswege, Wirkungsweise und mögliche Folgen (einschl. Desinformation als ‚hybride Bedrohung‘)
- Wissen über Funktionsweisen digitaler sozialer Medien, über die Desinformation verbreitet wird (z.B. Algorithmen)
- Wissen über angemessene Verhaltensstrategien beim Vorliegen möglicher Desinformation
- Wissen über Strategien und Tools zur Prüfung des Wahrheitsgehalts von digitalen Nachrichten
- Wissen über Rechtsgrundlagen bzgl. Desinformation
- Wissen über aktuelle und künftige Herausforderungen, Desinformation als solche zu erkennen
- Wissen über staatliche und institutionelle Vorgehensweisen zur (begrenzten) Bekämpfung von Desinformation – und über die sich daraus ergebende eigene Verantwortung im Umgang mit dieser

Handlungsfähigkeit

- Fähigkeit, bei Vorliegen einer hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts unsicheren digitalen Nachricht bzw. einer (wahrscheinlichen) Desinformation sich angemessen zu verhalten
- Fähigkeit, digitale Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufklärung über mögliche Desinformation zu ergreifen

Urteilsfähigkeit

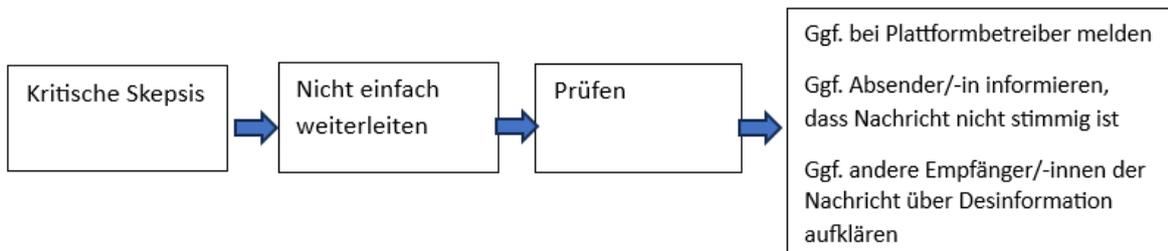
- Fähigkeit, den Wahrheitsgehalt einer digitalen Nachricht als unsicher einzuschätzen
- Fähigkeit, eine digitale Nachricht (mit großer Wahrscheinlichkeit) als Desinformation einschätzen zu können

(Wert-)Einstellung und Handlungsmotivation

- Sensibilisierung für das Phänomen der politisch motivierten Desinformation durch ausländische Akteure in digitalen Medien mit kritisch-reflexiver Grundhaltung gegenüber Nachrichten, die evtl. Desinformation enthalten könnten
- Handlungsmotivation, digitale Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufklärung über mögliche Desinformation zu ergreifen
- Werteinstellung bzgl. Meinungs- und Informationsfreiheit nach Art. 5 (1) GG als zentraler Grundlage demokratischer Gesellschaften

Die hier aufgezeigten Wissenskomponenten sind die Grundlage für Urteils- und Handlungsfähigkeiten. Einstellung und Motivation bedingen dann deren Aktivierung.

Die Handlungsfähigkeit beim Vorliegen einer mutmaßlichen Desinformation impliziert, dass diese kritisch reflektiert, nicht weitergeleitet und verifiziert wird. Sollte eine Desinformation als solche (mit hoher Wahrscheinlichkeit) erkannt worden sein, könnten/sollten ggf. die Plattform bzw. der/die Absender/-in sowie andere Empfänger/-innen der Nachricht informiert werden:



Die Strategien zur Verifizierung einer möglichen Desinformation sind je nach Nachricht verschieden. Sie umfassen u.a.:

- **Analyse der Sprache** (z.B. sprachliche Fehler, Sprachwechsel?)
- **Analyse des Inhalts** (z.B.: Ist der Inhalt glaubwürdig?)
- **Analyse der Bildgestaltung** (z.B. Nachahmung bekannter Nachrichtenseiten mit Fehlern?)
- **Abgleich der Nachricht mit Meldungen ,seriöser‘ Nachrichtenportale**
- **Abgleich der Nachricht mit Faktencheck-Seiten**, ggf. wurde die Nachricht bereits als Desinformation analysiert
 - o Faktencheckseite der EU: www.euvsdisinfo.eu
 - o AFP Faktencheck: <https://faktencheck.afp.com/list>
 - o dpa Faktencheck: <https://www.dpa.com/de/faktencheck#aktuelle-dpa-faktenchecks>
 - o ARD Faktenfinder: <https://www.tagesschau.de/faktenfinder>
 - o Correctiv Faktenfinder: <https://correctiv.org/faktencheck/>
 - o BR Faktenfuchs: <https://www.br.de/nachrichten/faktenfuchs-faktencheck,QzSzl3>
 - o GADMO (German-Austrian Digital Media Observatory): <https://gadmo.eu/>
- **Verifizierung von Quellen**, z.B.:
 - o Social Media-Accounts (z.B.: Wie lange gibt es einen Account bereits und welche Nachrichten wurden dort bisher veröffentlicht? Handelt es sich um einen verifizierten Account?)
 - o Impressum (In Deutschland müssen Websites ein Impressum haben. Seiten ohne Impressum sind möglicherweise gefälscht.)
 - o URL (Unterscheidet sich die URL von einer real existierenden URL, z.B. spiegel.net statt spiegel.de?)
- **Genauere Bildanalyse** (Passt der Hintergrund zum beschriebenen Inhalt? Wirken Teile des Bildes nicht stimmig?)
- **Bildrückwärtssuche** über Tools wie <https://www.image-search.org/de> oder <https://www.reverseimagesearch.com/de> (Wurde ein Bild bereits in einem anderen Kontext publiziert?)
- **Verifizierung von Audiodateien** mit dem Tool *Deepfake total* des Fraunhofer-Instituts für Angewandte und Integrierte Sicherheit: <https://deepfake-total.com/>

Die aufgezeigten Kompetenzfacetten bezogen auf politisch motivierte Desinformation im internationalen Kontext können im Deutschunterricht ebenso wie fächerübergreifend insbesondere mit Sozialkunde (oder vergleichbaren Fächern mit den jeweiligen Bezeichnungen in den verschiedenen Bundesländern und Schularten) eingeübt werden.

4.2 Praxisbeispiel: Anwendung des Kompetenzmodells

Anhand eines konkreten Beispiels wird nun aufgezeigt, wie das Kompetenzmodell beim Umgang mit Desinformation angewendet werden kann: Es wird auf obiges Beispiel der gefälschten WDR-Nachricht zu Shani Louk Bezug genommen. Es handelt sich dabei noch um kein Unterrichtsbeispiel, hierfür wären die unterrichtlichen Schritte methodisch-didaktisch aufzubereiten.

Kompetenzfacetten	Phasen
<p>WISSEN: „Wissen über Phänomene der politisch motivierten Desinformationen in digitalen Medien, Akteure, Intentionen, Verbreitungswege, Wirkungsweise und mögliche Folgen (einschl. Desinformation als ‚hybride Bedrohung‘)“</p> <p>EINSTELLUNG: „Sensibilisierung für das Phänomen der politischen Desinformation in digitalen Medien mit kritisch-reflexiver Grundhaltung gegenüber Nachrichten, die evtl. Desinformation enthalten könnten“</p>	<p>1. Hintergrundwissen und Haltung der kritischen Skepsis</p> <p>Für das Identifizieren einer solchen Nachricht als Desinformation ist Hintergrundwissen dazu, dass seit geraumer Zeit Russland intensive Desinformationskampagnen in sozialen Medien orchestriert und dass gefakte Nachbildungen seriöser deutscher Nachrichtenseiten seit einigen Monaten ein zentraler Bestandteil dessen sind, sehr hilfreich. Das Wissen hierüber sensibilisiert bei der Wahrnehmung einer Nachricht dafür, dass möglicherweise eine Haltung der kritischen Skepsis angebracht ist, da evtl. Desinformation vorliegen könnte.</p> <p>Ebenfalls hilfreich kann das Wissen sein, dass Russland solche Desinformation strategisch einsetzt, auch als Bestandteil ‚hybrider Bedrohungen‘ gegen Deutschland. Ein Ziel dieser Desinformationskampagnen ist, Stimmung gegen die Ukraine bzw. Ukrainer in Deutschland zu machen, um so u.a. die Zustimmung zur militärischen Unterstützung der Ukraine im Krieg gegen Russland bei der deutschen Bevölkerung zu reduzieren.</p>
<p>WISSEN: „Wissen über eigene Verhaltensstrategien beim Vorliegen möglicher Desinformation“</p> <p>URTEILSFÄHIGKEIT: „Fähigkeit, Wahrheitsgehalt digitaler Nachrichten zu beurteilen und ggf. Desinformation zu erkennen oder Nachricht hinsichtlich ihres Wahrheitsgehalts als unsicher einzuschätzen“</p> <p>HANDLUNGSFÄHIGKEIT: „Fähigkeit, bei Vorliegen einer möglichen Desinformation sich angemessen zu verhalten“</p>	<p>2. Aktivierung von Handlungswissen und eigenes Verhalten</p> <p>Mit diesem Wissen und der darauf beruhenden Haltung einer kritischen Grundsensibilität bezüglich der zugesendeten Nachricht kann das Handlungswissen aktiviert werden, dass in einem solchen Fall die Nachricht nicht selbst weiter versendet wird und ihr Wahrheitsgehalt zu verifizieren ist. Dies wäre in entsprechendes Handeln zu überführen.</p>
<p>HANDLUNGSFÄHIGKEIT: Fähigkeit, digitale Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufklärung über mögliche Desinformation zu ergreifen</p>	<p>3. Aktivierung von Wissen zur Verifizierung von Nachrichten und Verifizierung der Nachricht</p> <p>Ausgehend von vorhandenem Überblickswissen zu geeigneten Strategien und Tools der Verifizierung der</p>

MOTIVATION: „Handlungsmotivation, digitale Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufklärung über mögliche Desinformation zu ergreifen“

EINSTELLUNG: „Werteinstellung u.a. bzgl. Meinungs- und Informationsfreiheit nach Art. 5 (1) GG als zentraler Grundlage demokratischer Gesellschaften“

vorliegenden Nachricht wird diese **überprüft**. Hierzu müssen aus der Menge zur Verfüg stehender Überprüfungsstrategien und -tools (z.B. gründliche Bildanalyse, Bildrückwärtssuche, Sprachanalyse, Faktencheck-Seiten, Verifizierungstools für Audiodateien etc.) die für das vorliegende Beispiel geeigneten gewählt werden.

Es findet in diesem Fall eine **genaue Analyse der Nachricht** selbst statt:

- *Absender*: Wer hat die Nachricht zugesendet? Ist die Quelle vertrauenswürdig? (Es gehört zum Wesen von Desinformation in digitalen Medien, dass diese häufig durch persönlich bekannte Personen weitergeleitet werden, so dass die Quelle als vertrauenswürdig eingeschätzt wird, obwohl das ggf. für den vorliegenden Fall nicht zutreffend ist.)
- *URL*: Gibt es eine URL? Ist diese korrekt? (Eine URL ist beim Beispiel der vorgeblichen WDR-Seite nicht sichtbar.)
- *Layout*: Wie sieht das Layout der Nachrichtenseite aus? Entspricht das dem Layout des WDR? (In diesem Fall trifft das zu und ist Teil der Täuschungsstrategie.)
- *Inhalt*: Ist der Inhalt ‚verdächtig‘ – könnte es sich um eine Desinformation handeln? (Vor dem Hintergrund des Wissens um russische Desinformationskampagnen könnte der Inhalt tatsächlich als ‚verdächtig‘ eingeschätzt werden: Es geht um ‚betrügerische Aktivitäten‘ von Ukrainern.)
- *Sprache*: Gibt es sprachliche Auffälligkeiten? (Ja. Die Nachricht enthält bei genauerer Betrachtung trotz der Kürze des Texts auffällig viele Fehler, die bei einem seriösen Nachrichtenmedium so zumindest unwahrscheinlich wären: Shani Louk ist weiblich, wird hier aber mit dem Maskulinum „den“ beschrieben (Grammatikfehler); Shani Louk wurde nicht „gestohlen“, sondern entführt (Ausdrucksfehler); der Name der Mutter müsste zwischen Kommas gesetzt werden (Interpunktionsfehler); „dass sie“ müsste korrekt lauten: dass bei ihr (Satzbau-/Grammatikfehler).

Durch diese Befunde kann – vor dem Hintergrund des oben skizzierten Hintergrundwissens zu russischen Desinformationskampagnen – der **Verdacht bestärkt werden, dass es sich um eine Desinformation handeln könnte**.

	<p>Eine <i>Reflexion über die Intentionalität der Nachricht</i> kann ergeben, dass diese a) informieren möchte – sofern es sich um eine reale Nachricht handelt (was aufgrund o.g. Befunde in Zweifel zu ziehen ist) oder b) die Intention verfolgt, durch eine emotionalisierende (empörende) Nachricht Menschen aus der Ukraine im Ausland zu diskreditieren (was eine gängige Intention russischer Desinformationskampagnen im westlichen Ausland ist, da die Unterstützung für die Ukraine reduziert werden soll).</p> <p>Daher kann als letzter Schritt der Überprüfung der Versuch unternommen werden, die <i>originale Nachricht auf der Homepage des WDR zu recherchieren</i>. Wenn diese nicht auffindbar ist – und das ist sie nicht, auch keine ähnlich lautende in anderen Medien –, ist die Wahrscheinlichkeit sehr hoch, dass es sich um eine Fake-Nachricht als Desinformation handelt.</p>
<p>HANDLUNGSFÄHIGKEIT: Fähigkeit, digitale Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufklärung über mögliche Desinformation zu ergreifen</p> <p>MOTIVATION: „Handlungsmotivation, digitale Nachrichten auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen und bei Bedarf Maßnahmen zur Aufklärung über mögliche Desinformation zu ergreifen“</p> <p>EINSTELLUNG: „Werteinstellung u.a. bzgl. Meinungs- und Informationsfreiheit nach Art. 5 (1) GG als zentraler Grundlage demokratischer Gesellschaften“</p>	<p>4. Informieren des Absenders und Aufklärung über Desinformation</p> <p>Entsprechend dieser hohen Wahrscheinlichkeit, dass es sich um eine Fake-Nachricht handelt, kann z.B. der ursprüngliche Absender hierüber informiert werden – auch über die Desinformationskampagne mit gefakten Seiten seriöser Informationsmedien –, um so die Weiterverbreitung der Nachricht zu unterbinden und ggf. zu einer Aufklärung beizutragen.</p> <p>Voraussetzung hierfür ist die Motivation, sowohl die Mühe der Aufklärung der Nachricht als Desinformation zu leisten als auch den Absender im Sinne der Aufklärung zu informieren.</p> <p>Die Motivation kann aus der Einsicht entstehen, welche Bedeutung respektive Folgen die bewusste Täuschung durch Desinformation für die demokratische Gesellschaft und die Möglichkeit zur freien, wahrheitsgemäßen Meinungsbildung haben können.</p>

Abgesehen von diesem Beispiel stellt sich die Herausforderung, dass bei anderen Fällen von Desinformation ggf. gar keine Textmerkmale weitergeleiteter Fake-Nachrichten mehr direkt auf ihr Wesen als Desinformation hindeuten (weder Layout noch sprachliche Mängel) – sondern diese allein durch das Grundwissen über die Existenz derartiger Desinformationskampagnen und möglicherweise in diesem Kontext zu verortendem Inhalt als Desinformation hinterfragt und verifiziert werden müssen.

4.3 Herausforderungen

Für die Sensibilisierung sowie Förderung von Kompetenzen in Bezug auf politisch motivierte Desinformation internationaler Akteure in digitalen Medien gibt es einige Herausforderungen zu bedenken, die ggf. auch im Sinne einer transparenten Aufklärung im Unterricht zu adressieren wären.

- Es ist mitunter nicht leicht oder gar überhaupt möglich, sicher eine Desinformation zu erkennen. Und selbst wenn eine solche identifiziert und als Desinformation klassifiziert wurde, kann allein durch die häufigere Wiederholung und Verbreitung einer Desinformation Verunsicherung bei den Rezipierenden entstehen („Aber selbst wer Desinformation erkennt, bleibt mitunter unsicher – ein Teilerfolg für diejenigen, die bewusst falsche Informationen verbreiten, um Misstrauen zu säen.“ Bertelsmann Stiftung 2024, 9).
- Grundsätzlich stellt sich in Deutschland die Herausforderung, dass etwa das Auswärtige Amt einen Auftrag zur Analyse von Desinformationskampagnen hat – jedoch gibt es keine Organisation, die einen ebensolchen Auftrag zur systematischen und tagesaktuellen öffentlichen Aufklärung bzw. zur schnellen Verbreitung korrekter Gegennarrative hätte. Dies wird momentan von verschiedenen Akteuren, wie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, privaten Medienhäusern oder Organisationen wie Correctiv übernommen, jedoch nicht zentral gesteuert. Insofern besteht die Gefahr, dass gerade durch die Verbreitung von Desinformation in sozialen Medien ein großes Ungleichgewicht zwischen deren Verbreitung und einer entsprechend intensiven, zentral gesteuerten Aufklärung entsteht.
- Es bleibt die Schwierigkeit, als Privatperson Desinformation zu erkennen (Zeit, Aufwand, Motivation, fehlende Tools, mangelndes Wissen).
- Auch bleiben technische Schwierigkeiten, etwa weil es keine Tools gibt (und geben wird), die KI-generierte Desinformation sicher erkennen können.
- Das Medienvertrauen ist generell ein Faktor, der bei der möglichen Aufklärungsarbeit eine große Rolle spielt (siehe Bertelsmann-Studie 2024). Das Medienvertrauen ist in der Bevölkerung in den vergangenen Jahren, u.a. im Zusammenhang der Corona-Krise und durch verschiedene Skandale wie dem bei den Bezahlstrukturen der Führungsebene beim rbb, gesunken.
- Gerade bei politisch motivierter Desinformation durch internationale Akteure können Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund etwa aus Russland in ein ‚Informations- und Loyalitätsdilemma‘ geraten, wenn in den Familien durch Propaganda geprägte Nachrichten aus den Herkunftsländern konsumiert werden. Der Umgang damit kann Lehrkräfte vor besondere Herausforderungen stellen, wenn es um die Suche nach und Zuschreibung von ‚Wahrheit‘ geht.
- Als besonders große Herausforderung erscheint die Erstellung und Verbreitung von Desinformation durch KI. Beides wird durch die Nutzung von KI noch schneller und einfacher möglich, wohingegen eine Verifizierung von Nachrichten noch schwieriger werden dürfte, da KI-generierte Desinformation immer authentischer wirken wird. Diese Entwicklungen haben das Potenzial, eine grundsätzliche Vertrauenskrise in informierende Medien auszulösen, die für Demokratien als sehr hohe Bedrohung gesehen werden müssen: „Die Kerngefahr ist, dass nicht nur ein einzelnes Deepfake-Video kursiert, sondern dass sich so ein grundsätzlicher Manipulationsverdacht in der Breite der Gesellschaft zeigt.“ (ZDF 2024)

5. Ausblick: Umsetzung im Deutschunterricht

Um einen strukturierten und systematischen Überblick über Desinformation durch ausländische Akteure, damit verbundene Phänomene, Intentionen, Wirkungsweisen und Handlungsoptionen zu geben – einschließlich Übungsphasen zur Anwendung von Verifizierungstools – könnte etwa in einem Lernzirkel oder einer ca. zwei- bis dreistündigen Unterrichtsreihe (ggf. fächerübergreifend) gearbeitet werden; dies ließe sich im Kontext einer größeren Unterrichtssequenz zum Umgang mit digitalen Medien bzw. zu Informationsmedien integrieren. Der Fokus dürfte auf Klassen ab der neunten Jahrgangsstufe liegen.

Zu beachten ist, dass die in diesem Aufsatz fokussierte Desinformation ausländischer Akteure natürlich nur eine Facette ‚falscher‘ oder ‚manipulativer‘ Information in digitalen Medien ist: Fake News durch andere, auch inländische Akteure oder manipulative Einflussnahmen durch Influencer spielen ebenfalls eine große Rolle.

Insgesamt stellt sich die Herausforderung, dass die digitale Medienbildung, nicht zuletzt unter den Vorzeichen von KI, deutlich mehr ins Zentrum der Aufmerksamkeit im (Deutsch-)Unterricht rücken muss als bisher. In Bayern wurden die Schulstunden des Faches Deutsch ab der Mittelstufe am Gymnasium zuletzt erheblich gekürzt (dreistündiger Unterricht), so dass sich immer wieder die Frage stellen dürfte, was in der verblieben kurzen Zeit eigentlich ‚noch alles‘ im Deutschunterricht behandelt werden sollte, obwohl nachgewiesenermaßen die Grundkompetenzen im Lesen und Schreiben erheblichen Förderbedarf haben. Zugleich setzt der Sozialkundeunterricht an bayerischen Gymnasien erst spät und mit wenigen Stunden ein. Die Diskussion, wie daher mit angemessenem Zeitaufwand das hoch relevante Thema der Förderung der digitalen Kompetenzen im (Deutsch-)Unterricht realiter eingebettet werden kann, wird sicherlich eine sein, die auch mit den bildungspolitischen Stellen geführt werden müsste. Estland hat hierfür angesichts der Brisanz der aktuellen Lage bereits eine eigene Lösung gefunden (Fürstenau 2024):

Die Botschafterin Estlands in Berlin, Marika Linntam, sprach auf einer Veranstaltung im Deutschen Bundestag von einem „Schattenkrieg“ gegen die Demokratie. „Er findet nicht auf dem Schlachtfeld statt, sondern in den Köpfen und Herzen der Menschen“, sagte Linntam.

Russlands Ziel sei es, zu destabilisieren, Unsicherheit zu schaffen und zu manipulieren. Um sich dagegen so gut wie möglich zu wappnen, tut Estland viel für eine bessere Medienkompetenz seiner Bevölkerung.

Die Botschafterin berichtete von Partnerschaften zwischen Behörden, Medien, der Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen. Ein besonderes Augenmerk wird dabei auf junge Menschen gerichtet: Schon seit 2010 gebe es an Gymnasien einen Pflichtkurs „Medien und Manipulation“.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bertelsmann Stiftung (2024): „Verunsicherte Öffentlichkeit Superwahljahr 2024: Sorgen in Deutschland und den USA wegen Desinformationen“.

(<https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2024/februar/grosse-mehrheit-erkennt-in-desinformation-eine-gefahr-fuer-demokratie-und-zusammenhalt>)

Bundesministerium des Innern und für Heimat (o.J.): „Desinformation als hybride Bedrohung“.

(<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/schwerpunkte/DE/desinformation/artikel-desinformation-hybride-bedrohung.html>)

Bundesregierung (2022): Interview mit Lutz Güllner: „Putin benutzt einen Werkzeugkasten der Desinformation“, 09.03.2022.

(<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/desinformation-interview-ead-2010706>)

Bundesregierung (2023): „Desinformation - Was die Bundesregierung unternimmt und was Sie tun können“, 19.07.2023.

(<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/gefaehrliche-falschnachrichten-1905340>)

Bundesregierung (2023): „Was ist Desinformation?“

(<https://www.bundesregierung.de/breg-de/schwerpunkte/umgang-mit-desinformation/was-ist-desinformation-1875148>)

Detjen, Joachim; et al. (2012): „Politikkompetenz – ein Modell“, Springer.

Europäische Kommission (2018): „Aktionsplan gegen Desinformation“.

(https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/aktionsplan_gegen_desinformation.pdf)

Europäische Kommission (2024): „2nd EEAS Report on Foreign Information Manipulation and Interference Threats. A Framework for Networked Defence (January 2024)“.

(https://www.eeas.europa.eu/sites/default/files/documents/2024/EEAS-2nd-Report%20on%20FIMI%20Threats-January-2024_0.pdf)

Fraunhofer-Institut für Angewandte und Integrierte Sicherheit (o.J.): Deepfake total.

(<https://deepfake-total.com/>)

Frederking, Volker (2022): „Digitale Textsouveränität. Funktional-anwendungsorientierte und personal-reflexive Bildungsherausforderungen in der digitalen Weltgesellschaft im 21. Jahrhundert. Eine Theorieskizze. Version 3“.

(<https://www.deutschdidaktik.phil.fau.de/files/2021/09/digitale-textsouveraenitaet.pdf>)

Fürstenau, Marcel (2024): „Desinformation kontra Demokratie“, Deutsche Welle, 19.03.2024.

(<https://www.dw.com/de/desinformation-kontra-demokratie/a-68616217>)

Goertz, Stefan (2023): „Russische Cyberattacken und Desinformationskampagnen gegen Deutschland. Fake News, staatliche Gegenmaßnahmen und Probleme“, SIAK-Journal – Zeitschrift für Polizeiwissenschaft und polizeiliche Praxis (2/2023), 78-92.

(https://www.bmi.gv.at/104/Wissenschaft_und_Forschung/SIAK-Journal/SIAK-Journal-Ausgaben/Jahrgang_2023/files/Goertz_2_2023.pdf)

Hoffmann, Christian Pieter (2023): „Fake News, Misinformation, Desinformation“, Bundeszentrale für politische Bildung.

(<https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/medienkompetenz-355/539986/fake-news-misinformation-desinformation/>)

Institute of Strategic Dialogue (2024): „Two Years On: An Analysis of Russian State and Pro-Kremlin Information Warfare in the Context of the Invasion of Ukraine“.

(https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2024/02/Two-Years-on_ISD.pdf)

Knes, David (2022): „Russische Propaganda: Nachgebaute deutsche News-Seiten überrollen das Netz“, Kleine Zeitung, 02.09.2022.

(https://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/6183755/Russische-Propaganda_Nachgebaute-deutsche-NewsSeiten-ueberrollen)

Kretschmann, Tabea (2023): „Fachspezifische demokratische Grundwertebildung im Deutschunterricht: Ein Kurzüberblick“.

(<https://www.deutschdidaktik.phil.fau.de/2023/02/21/fachspezifische-demokratische-grundwertebildung-im-deutschunterricht-ein-kurzueberblick/>)

Kultusministerkonferenz (2012): „Bildungsstandards im Fach Deutsch für die Allgemeine Hochschulreife (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 18.10.2012)“.

(https://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_10_18-Bildungsstandards-Deutsch-Abi.pdf)

Kultusministerkonferenz (2012): „Medienbildung in der Schule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 8. März 2012)“.

(https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2012/2012_03_08_Medi-enbildung.pdf)

Kultusministerkonferenz (2017): „Bildung in der digitalen Welt - Strategie der Kultusministerkonferenz (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.12.2016 in der Fassung vom 07.12.2017)“.

(https://www.kmk.org/fileadmin/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Digitalstrategie_2017_mit>Weiterbildung.pdf)

Kultusministerkonferenz (2018): „Demokratie als Ziel, Gegenstand und Praxis historisch-politischer Bildung und Erziehung in der Schule. (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009 i. d. F. vom 11.10.2018)“.

(https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/PresseUndAktuelles/2018/Beschluss_Demokratieerziehung.pdf)

Marinov, Viktor; Bau, Matthias (2022): „Alina Lipp - Wie eine 28-Jährige zum Sprachrohr russischer Politik wurde“, Correctiv, 08.04.2022.

(<https://correctiv.org/faktencheck/hintergrund/2022/04/08/alina-lipp-wie-eine-28-jaehrige-zum-sprachrohr-russischer-propaganda-wurde/>)

Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (2023): „JIM-Studie 2023 – Jugend, Information, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger“.

(https://www.mpfs.de/fileadmin/files/Studien/JIM/2022/JIM_2023_web_final_kor.pdf).

Spiegel TV (2017): „Propagandakrieg: Eine ehemalige Mitarbeiterin packt über Putins Troll-Fabriken aus“. (www.youtube.com/watch?v=tTAF74tMa78).

Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung / ISB (o.J.): LehrplanPLUS
(<https://www.lehrplanplus.bayern.de/fachprofil/gymnasium/deutsch>).

Tagesschau (2024): „Desinformation auf X – Russische Kampagne aufgedeckt“, Tagesschau, 21.02.2024.
(<https://www.tagesschau.de/inland/desinformation-kampagne-russland-100.html>)

Winterer, Beate (2022): „Russische Propaganda und Desinformation: Zwischen Staatsfunk und Internet-Trollen“. Tagungsbericht, Akademie für politische Bildung Tutzing.
(<https://www.apb-tutzing.de/news/2022-08-01/russland-ukraine-krieg-desinformation-propaganda-fake-news-sowjetunion-nato>)

World Economic Forum (2024): „Global Risks Report 2024“.
(<https://www.weforum.org/publications/global-risks-report-2024/>)

ZDF (2024): „Deepfakes und Desinformation: Wie KI unser Vertrauen in Medien zerrüttet“.
(<https://www.zdf.de/nachrichten/wissen/ki-deepfake-desinformation-gesellschaft-bernhard-poerksen-100.html>)